

Podium wird Asyl-Grundsatzdiskussion

Ein Podium sollte Fragen zum Asylzentrum Glaubenberg klären. Es entstand eine interessante Diskussion über das Schweizer Asylwesen.

Manuel Kaufmann

Klar war an dem Podium vor allem eines: So einfach ist es nicht. Es gibt nicht den Plan, die Lösung, um die Probleme in der Asylpolitik anzugehen. Besonders auf kantonaler oder kommunaler Ebene sei der Handlungsspielraum beschränkt, «kein Wunschkonzert», wie der Obwaldner Sicherheits- und Sozialdirektor Christoph Amstad am Donnerstagabend in Sarnen mehrmals betonte.

Amstad diskutierte im gefüllten Metzger-Saal (210 Interessierte nahmen teil) mit Staatssekretärin Christine Schraner Burgener und Nationalrätin Monika Rüeegg Fragen des «Nebelspalter»-Bundeshausredaktors Yannick Güttinger.

Eigentlich hätte es bei dem Podium vor allem um das Bundesasylzentrum Glaubenberg gehen sollen. «Nach den vermehrten Vorfällen in den letzten Monaten und der Bombendrohung im Februar erhielt ich immer wieder Zuschriften aus der Bevölkerung», sagte einleitend Marcel Schelbert, Präsident der SVP Obwalden. Die Kantonalpartei organisierte den Anlass. Es entwickelte sich aber eher ein Gespräch über die nationale Asylpolitik, mit SEM-Chefin Schraner Burgener, die aus erster Hand berichten konnte.

Zuständigkeiten sorgen für Kontroverse

Kurze Rückblende: Monika Rüeegg richtete neulich Fragen bezüglich des Bundesasylzentrums (BAZ) Glaubenberg an den Bundesrat. Dies, nachdem eine Interpellation der SVP Obwalden im Kantonsrat verdeutlichte, dass nicht die Obwaldner Regierung verantwortlich ist für die Unterkunft, sondern der Bund. Aus der Antwort des Bun-



Am Podium der SVP Obwalden diskutierten Staatssekretärin Christine Schraner Burgener (links), Nationalrätin Monika Rüeegg und Regierungsrat Christoph Amstad.
Bild: Manuel Kaufmann (Sarnen, 11. 4. 2024)

desrats vom 4. März geht hervor, dass im BAZ Glaubenberg derzeit 220 Personen untergebracht sind, davon 68 Personen einen negativen Entscheid mit Wegweisung erhalten haben. Alle anderen Personen befinden sich noch im Verfahren. Doch was passiert bei einem negativen Entscheid?

Für die Ausschaffung ist der Kanton Luzern zuständig. «Meine Nachfrage dort zeigte, dass sie nicht wissen, wie viele dieser 68 Personen tatsächlich ausgeschafft wurden, da Luzern noch in anderen Kantonen für die Ausschaffung zuständig ist», sagte Rüeegg am Podium. Sie

vermute, dass viele davon untertauchen und hier auf Kosten der Schweiz weiterleben.

Anders sahen das Christoph Amstad und Christine Schraner Burgener. «Die Untergetauchten bleiben nicht in Obwalden oder gar in der Schweiz», so Amstad. «Sie ziehen weiter ins Ausland.» Schraner Burgener pflichtete ihm bei: «Sie suchen den Kontakt zu ihren Landsleuten in Frankreich oder Grossbritannien.» Rüeegg verwies auf Bundesrat Beat Jans, der in der Nationalratssession kürzlich sagte, dass die Kontrolle über illegale Aufenthalte sehr schwierig sei, die öffentliche Sicherheit aber

nicht in ausserordentlicher Weise bedroht sei.

Ein weiteres Thema war die zunehmende Kriminalität. Die Ende März erschienene Kriminalstatistik zeigte, dass Vermögensdelikte – insbesondere Fahrzeugdiebstähle – deutlich zugenommen haben und Ausländer mit 40 Prozent bei der Täterschaft überrepräsentiert sind. In Obwalden haben die Ausländer mit 212 Straftaten 2023 die Schweizer mit 163 Straftaten überholt. Straftaten der Asylbevölkerung stiegen von 14 im Jahr 2022 auf 44 im Jahr 2023, jene der übrigen Ausländerinnen und Ausländer von 64 auf 80. Am-

stad zeigte sich überzeugt, dass dies auf das BAZ Glaubenberg zurückzuführen ist: «Flüchtlinge, die sich hier integrieren, halten sich an die Regeln.»

Insbesondere die Delikte von Tätern aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) nahmen zuletzt zu. Hier soll das 24-Stunden-Verfahren helfen, das in Zürich bereits getestet wurde und Ende Monat auch im BAZ Glaubenberg zur Anwendung kommen soll. Denn von den Maghreb-Asylsuchenden erhalten weniger als 1 Prozent Asyl. Ein Entscheid innerhalb der ersten 24 Stunden soll dafür sorgen, dass die Asylbe-

werber nicht länger in Asylzentren bleiben müssen und schnell wieder in ihr Heimatland zurückgebracht werden können. Ende Jahr werde man beim SEM die Zahlen auswerten und die Hoffnung bestehe, dass es dadurch weniger Maghrebener überhaupt erst in der Schweiz versuchen, so Schraner Burgener. Mit Marokko und Algerien habe man zudem gute Rückführungsabkommen.

Klar war für alle Beteiligten, dass man alle, die kein Recht auf Asyl haben, möglichst schnell abweisen und zurückführen will, damit man Platz hat für alle, die den Schutz brauchen. Rüeegg tat in diesem Zusammenhang ihren Unmut über zwei vom Nationalrat abgelehnte Motionen der SVP im März kund. Der Rat entschied sich gegen systematische Personenkontrollen an der Schweizer Landesgrenze und die grundsätzliche Asylverweigerung für Staatsangehörige von Ländern des Europarats.

Nicht alle in einen Topf werfen

Schraner Burgener stellte zum Schluss klar: «Uns ist wichtig, dass der Zusammenhalt in der Bevölkerung aufrechterhalten bleibt und eine gute Integration der anerkannten Flüchtlinge gelingt. Wir brauchen diese Arbeitskräfte.» Amstad bekräftigt: «Man muss aufpassen, nicht alle Migranten in einen Topf zu werfen. Denn ohne Migranten könnten wir das Kantonsspital morgen schliessen.»

Die Forderung nach mehr Transparenz beim BAZ Glaubenberg von Monika Rüeegg veranlasste Amstad und Schraner Burgener schliesslich zum Schlusssatz: «Wir planen wieder einen Tag der offenen Tür auf dem Glaubenberg.» Wann der Tag stattfindet, wurde aber noch nicht bekannt gegeben.

Arbeitslosenzahlen weiterhin tief

Die Arbeitslosenquote liegt in Nidwalden bei 0,7, in Obwalden bei 0,6 Prozent. Nur in Appenzell Innerrhoden ist die Quote noch tiefer.

Matthias Piazza

In Nidwalden waren im vergangenen Jahr im Schnitt 165 Arbeitslose gemeldet, das sind gut 13 Prozent weniger als im Vorjahr (189). Entsprechend ging auch die Arbeitslosenquote von 0,8 auf 0,7 Prozent zurück, wie es in der gemeinsamen Jahresinformation des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) und der Arbeitslosenkasse (ALK) von Ob- und Nidwalden heisst. Obwalden zählte im Schnitt 125 Arbeitslose (Vorjahr: 134), was einer Arbeitslosenquote von 0,6 Prozent entspricht.

Damit belegen die beiden Kantone Spitzenplätze. Nur Appenzell Innerrhoden hat schweizweit mit 0,2 Prozent eine noch tiefere Arbeitslosenquote, die im Schweizer Durchschnitt bei 2 Prozent lag (Vorjahr: 2,2 Prozent). Damit war sie

im Gesamtjahresdurchschnitt so tief wie seit 2001 nicht mehr, heisst es.

«Unsere konstant tiefen Arbeitslosenzahlen sind wirklich ein Phänomen, eine Erklärung dafür habe ich nicht», sagt RAV-Leiter Ivo Fuchs dazu. «Ich kann mir aber vorstellen, dass die soziale Vernetzung eine Rolle spielt. Man kennt sich. Ausserdem gibt es viele Arbeitsplätze in Ob- und Nidwalden und die Leute sind auch bereit, längere Arbeitswege in Kauf zu nehmen.»

Tiefere Kosten dank Wetterglück

Die Auszahlungen durch die ALK gingen um 31,1 Prozent zurück. Dies, obwohl auch 2023 Nachzahlungen der Ferien- und Feiertagsentschädigung aus der Pandemiezeit getätigt werden mussten. Die Schlechtwetterentschädigungen fielen auf-



Das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum und die Arbeitslosenkasse Obwalden/Nidwalden an der Bahnhofstrasse 2.
Bild: Matthias Piazza (Hergiswil, 15. 6. 2020)

grund des warmen Wetters sehr tief aus. Erfreulicherweise hätten sich ebenso die Insolvenzenschädigungen im Mehrjah-

resvergleich in Grenzen gehalten. Gesamthaft zahlte die Arbeitslosenkasse 6,9 Millionen Franken in Obwalden und

«Unsere konstant tiefen Arbeitslosenzahlen sind wirklich ein Phänomen, eine Erklärung dafür habe ich nicht.»

Ivo Fuchs
Leiter RAV

8 Millionen Franken in Nidwalden aus.

Der Trend zu tieferen Arbeitslosenquoten in den beiden

Kantonen hat Konsequenzen für den Personalbestand des RAV OW/NW. Wie bereits im Vorjahr wurde die Zahl der Vollzeitstellen um gut einen Drittel auf 12,8 Stellen reduziert. Dies über Personalreduktionen und natürliche Abgänge. Dank niedriger Personalkosten sanken die Verwaltungskosten um 20 Prozent. Auch bei der Arbeitslosenkasse habe die Reduktion um 0,6 Stellenprozent ohne Entlassungen umgesetzt werden können.

Während die EDV-Betriebskosten leicht angestiegen sind, senkten sich die Ausgaben für Büromaterial aufgrund der Digitalisierung merklich, heisst es weiter. Nach den Weiterbildungen fürs Arbeitslosenversicherungsgesetz im Jahre 2022 mit entsprechend erhöhtem Aufwand sanken die Kosten für Aus- und Weiterbildungen im vergangenen Jahr unter den Mehrjahreschnitt.